



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 28. Mai 2020

Indirekter Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. März 2020 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (SR 514.51; abgekürzt KMG) als indirekten Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung kann die Anliegen der Korrektur-Initiative des Bündnisses «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» grundsätzlich nachvollziehen, erachtet die Formulierung der Verfassungsänderung jedoch als zu streng. Sie begrüsst deshalb das Ansinnen des Bundesrates, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir begrüssen, dass der Gegenvorschlag das in der Initiative vorgeschlagene Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, aufnimmt. Aus unserer Sicht ist die Variante 1 vorzuziehen, da diese im Gegensatz zu Variante 2 dem Bundesrat erlaubt, in gewissen ausserordentlichen Fällen von den gesetzlichen Bewilligungskriterien abzuweichen und damit auf aussen- oder sicherheitspolitische Gründe rasch reagieren zu können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
armscontrol@seco.admin.ch